



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Verstärkung der Suizidprävention, Ausbau der flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung und Umsetzung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen

Entschließungsantrag

Von: Vorstand der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 115. Deutsche Ärztetag 2012 hat das Verbot jeder Form der organisierten Sterbehilfe gefordert. Neuerliche Aktivitäten für ein Gesetzgebungsverfahren zur Schaffung eines Straftatbestandes, der die organisierte, geschäftsmäßige und gewerbsmäßige Sterbehilfe unter Strafe stellt, wurden vom Gesundheitsminister, Hermann Gröhe, angekündigt. Dies begrüßt der 117. Deutsche Ärztetag. Parallel gilt es jedoch, die Betreuung von schwerstkranken und sterbenden Menschen zu verbessern, die Palliativversorgung flächendeckend auszubauen und die Suizidprävention zu stärken. Dafür müssen die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Es ist dringend notwendig, ein gesellschaftliches Klima der Unterstützung und des sozialen Miteinanders sowie der "geteilten Verantwortung" zu schaffen.

Begründung:

Organisierte Sterbehilfe ermöglicht kein Sterben in Würde, sondern verstellt den Weg für eine adäquate Behandlung und Unterstützung. Menschen mit existenziellen physischen und psychischen Leiden benötigen Hilfe und menschliche Zuwendung. Ärztinnen und Ärzte können im Rahmen ihrer beruflichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten dazu beitragen, Leben zu erhalten, die Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen, Leid zu lindern sowie Sterbenden beizustehen. Gleichzeitig gilt es, die Verantwortung für hilfebedürftige Menschen nicht auf Ärztinnen und Ärzte und das Gesundheitswesen zu verlagern oder zu begrenzen. Vielmehr benötigen Menschen in diesen schwierigen Situationen Hilfe von Angehörigen, Freunden, Nachbarn sowie professionellen und ehrenamtlichen Begleitern. Solche Ansätze gilt es, gesellschaftlich breit zu entwickeln. Diese sich entwickelnden Strukturen sollten systematisch unterstützt sowie die finanziellen Grundlagen verbessert oder geschaffen werden. Alle gesellschaftlichen Bereiche sollten sich dieser Herausforderung stellen und konkrete Anstrengungen unternehmen, die Rahmenbedingungen für ein würdiges Leben bis zuletzt zu verbessern.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Eine empirische Studie zu den psychosozialen und medizinisch-pflegerischen Bedingungen in deutschen Krankenhäusern belegt u. a., dass die Ausbildung für die Betreuung Sterbender zu verbessern ist. Bedingt durch die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens und dem daraus u. a. resultierenden Personalmangel verbleibt zu wenig Zeit für die Betreuung von schwerstkranken und sterbenden Patientinnen und Patienten. Deshalb gilt es, diese Defizite anzusprechen und zu beseitigen. Hierzu bedarf es eines gesellschaftlichen Umdenkens. Sterbehilfe als Ersatz oder Folge einer unzureichenden palliativmedizinischen Versorgung ist entschieden abzulehnen.